

Finanzhilfen für kommunale Familie

Aus dem Landtag: Hugo Klein (CDU)

Die Finanzen der kommunalen Familie erfahren durch die sogenannte „Hessenkasse“ aktuell wieder eine erfreuliche Hilfe des Landes Hessen. Mit diesem bundesweit einmaligen Programm hilft das Land den Kommunen, Schluss zu machen mit der Verschuldung und ermöglicht es ihnen, sich zum 1. Juli 2018

rund sechs Milliarden Euro Kassenkredite vom Land Hessen abnehmen zu lassen. Das Land greift damit den Kommunen in Hessen kräftig unter die Arme, ihre Kassenkredite auf freiwilliger Basis auf

einen Schlag loszuwerden.

Das Ziel ist hessenweit, bis 2020 in den Kommunen ausgeglichene Haushalte und eine strikte Begrenzung neuer Kassenkredite zu erreichen. Bestandteil der „Hessenkasse“ ist darüber hinaus auch noch das ganz aktuelle Investitionsprogramm zur Förderung kommunaler Investitionen in Höhe von mindestens 510 Millionen Euro, was bedeutet, dass es noch mehr Geld vom Land für Hessens Kommunen als geplant geben wird, wie der Hessische Finanzminister Dr. Thomas Schäfer am 24. Oktober mitteilt. Ich kann nur lobend festzustellen, dass den hessischen Kommunen seit einiger Zeit durch beispiellose Landesprogramme und finanzielle Hilfen unter die Arme gegriffen wird.

So haben sich beispielsweise durch den neuen bedarfsorientierten kommunalen Finanzausgleich, mit einem Volumen von rund 4,4 Milliarden Euro in 2016, die Schlüs-

selzuweisungen jährlich deutlich erhöht. Neben dem Kommunalen Schuttschirm (2015: 3,2 Milliarden Euro landesweit) wurden in den letzten beiden Jahren mit „KIP I“ und „KIP macht Schule“ zwei Investitionsprogramme aus Bundes- und Landesmitteln mit einem Gesamtvolumen von über 1,5 Milliarden Euro



Hugo Klein (CDU).

aufgelegt, die zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur und insbesondere unserer Schulen genutzt werden.

Ergänzt wird das Entlastungspaket für die Kom-

munen im kommenden Jahr 2018 zudem noch mit der angekündigten Kindergartenbeitragsbefreiung für alle drei Kindergartenjahre, was einen wichtigen sozialpolitischen Beitrag bedeutet, der insbesondere Familien mit einem Einkommen im unteren und mittleren Bereich entlastet. Angesichts all dieser genannten finanziellen Hilfen für die Kommunen kann resümierend eigentlich nur von einer „kommunalfreundlichen Landesregierung“ die Rede sein! Bemerkenswert ist im Zusammenhang mit der aktuellen Hilfestellung des Landes, dass sich auch die Finanzsituation des Main-Kinzig-Kreises spürbar verbessert hat und es nach Angaben von Landrat Thorsten Stolz erfreulicherweise sogar möglich sei, in Folge des finanziellen Spielraumes eine Senkung der Kreis- und Schulumlage vorzunehmen, um damit auch die Städte und Gemeinden im Kreis entlasten zu können.